

## 132. Plenarsitzung am 25. Februar 2022

### **Drs. 18/10732: Qualitativ hochwertige ärztliche Versorgung auch zukünftig flächendeckend sicherstellen - ambulante Versorgung in Niedersachsen stärken und weiterentwickeln**

#### **Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Thema, sich bei gesundheitlichen Problemen vertrauensvoll an eine Ärztin oder einen Arzt zu wenden, bewegt die Menschen in Niedersachsen. Dies war ein Grund für die Einrichtung der Enquetekommission zur medizinischen Versorgung.

Auch für den ambulanten Bereich wurde ein Bündel von Maßnahmen empfohlen. Nun kommt es darauf an, dass die Vorschläge weiterverfolgt werden. Dazu dient dieser Antrag.

Um die ärztliche Versorgung sicherzustellen, werden zunächst ausreichend Studienplätze benötigt.

Dann müssen die Rahmenbedingungen für die Weiterbildung verbessert werden.

Eine besondere Herausforderung stellt die hausärztliche Versorgung flächendeckend in Niedersachsen dar. Der Quereinstieg für die Allgemeinmedizin soll erleichtert werden, die Bekanntheit vorhandener Möglichkeiten gesteigert und diese stärker gefördert werden.

Zudem müssen ausländische Berufsqualifikationen in Niedersachsen unter Beibehaltung hoher fachlicher und sprachlicher Anforderungen zügig anerkannt werden. Ich konnte mich bei meinen Besuchen davon überzeugen, dass diese Verfahren durch die Ärztekammer und den Niedersächsischen Zweckverband zur Approbationserteilung beschleunigt wurden. Auch in Zukunft sollte die Dauer des Verfahrens trotz sorgfältiger Bearbeitung akzeptabel sein.

In Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden muss die Niederlassung von Ärztinnen und Ärzten unterstützt werden. Dafür wäre eine Offensive zur stärkeren Wertschätzung der Selbstständigkeit wünschenswert. Es sollte darauf hingewirkt werden, während des Studiums vermehrt Praktika in Praxen durchzuführen, um Interesse an einer Niederlassung allein oder in einer Gruppe zu wecken. Hierzu gibt es an den niedersächsischen Universitäten schon entsprechende Angebote, die ausgebaut werden sollen. MHH und EMS sind bereits Vorreiter beim frühen Patientenkontakt unter der aktuellen Approbationsordnung.

Ein weiteres Handlungsfeld ist die effiziente Nutzung vorhandener Ressourcen. Gute Beispiele hierfür sind hausarztzentrierte Systeme zur besseren Steuerung der Inanspruchnahme von Leistungen des Gesundheitssystems.

Digital gestützte Versorgungsangebote wie Video- und Telefonsprechstunden müssen ausgebaut werden.

Auch durch die stärkere Zusammenarbeit verschiedener Berufsgruppen wie Hebammen und Ärzte können vorhandene Ressourcen besser genutzt werden. Der Ausbau der Studienplätze für Hebammen in Niedersachsen, ausgehend von der Hochschule Osnabrück, leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Die Delegation von Aufgaben entlastet Hausärztinnen und Hausärzte. Die Ausnutzung dieser vorhandenen Möglichkeiten wird zudem zu einer Attraktivitätssteigerung von Gesundheitsfachberufen führen.

Unter den medizinischen Assistenzberufen wird der PA besonders im hausärztlich-ambulanten Bereich eine zukunftsweisende Profession einnehmen. Ein Studienstandort ist Papenburg.

Um die ambulante Versorgung zu verbessern, sollten die vielfältigen Möglichkeiten der Gesundheitsregionen zur Vernetzung genutzt werden. Erfolgreiche Projekte können auf andere Regionen übertragen werden.

Als Lehre aus der COVID 19-Pandemie müssen die besonderen Herausforderungen pandemischer Lagen für die ambulante Versorgung berücksichtigt werden. Auch dazu hat die Enquetekommission Vorschläge unterbreitet.

Besonders möchte ich mich nun mit der Schaffung zusätzlicher Medizinstudienplätze beschäftigen; denn unser Ziel muss es sein, nicht den Mangel zu verwalten, sondern ausreichend Ärztinnen und Ärzte auszubilden.

Schon in der Landtagssitzung am 6. April 2017 habe ich ausgeführt, dass sich grundsätzlich die Frage stelle, ob es ausreichend Studienplätze für Medizin in Niedersachsen gebe. Hintergrund war, dass die damalige Landesregierung ausgeführt hatte, vor einer Erhöhung der Anzahl der Studienplätze müssten strukturelle Maßnahmen ergriffen werden. Hingegen forderten der Hausärzteverband, die Kassenärztliche Vereinigung und der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung eine Steigerung der Anzahl der Plätze. Die neue Koalition vereinbarte dann die Schaffung von bis zu 200 zusätzlichen Studienplätzen. Diese Forderung hat die Enquetekommission übernommen. Sie wird im vorliegenden Antrag unter Nr. 9 aufgegriffen.

Nun ist es natürlich interessant, sich damit zu beschäftigen, wie weit die Landesregierung bei der Verwirklichung dieser Handlungsempfehlung ist. Der zweimalige Ausbau der Medizinstudienplätze in Oldenburg auf 120 bedeutet einen Zuwachs um 80 Plätze. An der Medizinischen Hochschule Hannover wurden die Studienplätze um 50 erhöht. Die Novelle des Niedersächsischen Hochschulgesetzes ermöglicht neue Kooperationen mit Lehrkrankenhäusern. Diese Regelung nutzen das Klinikum Wolfsburg und die Universitätsmedizin Göttingen zur Umwandlung von 60 Teilstudienplätzen in volle Studienplätze.

Somit sind seit Beginn dieser Legislaturperiode 190 zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen worden. Dies ist ein großer Erfolg.

Ich danke Minister Björn Thümler herzlich für seinen unermüdlichen Einsatz. Aber wir dürfen in unseren Bemühungen nicht nachlassen. Deshalb haben wir die Forderung, die Zahl der Studienplätze in Niedersachsen um mindestens 200 zu erhöhen, in unserem Antrag berücksichtigt.

Wir haben diesen Antrag gestellt, damit der Bericht der Enquetekommission nicht in der Schublade verschwindet, sondern weiter zur Verbesserung der medizinischen Versorgung in Niedersachsen beiträgt. Dazu werden die Beratungen im Fachausschuss dienen, auf die ich mich freue.

Herzlichen Dank.